

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Helm. Jahnenbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 44

Düsseldorf, den 30. Oktober 1926.

Verfandort Crefeld

Wirtschaftskrise und Arbeitnehmerschaft.

Ausschuffstungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und des deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg. / Bedeutungs- volle Kundgebungen der christlich-nationalen Arbeitnehmer Deutschlands. / Volle Einmütigkeit in allen grundsätzlichen Fragen der Bewegung. / Hebung des Lohnniveaus der deutschen Arbeitnehmerschaft. / Kontrolle bei fortschreitender Kartellierung und Vertrauung der Industrie. / Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter in den öffentlich-rechtlichen Berufskammern. / Forderung nach beschleunigter Verabschiedung des Arbeitschutzgesetzes und des Gesetzesentwurfes über die Arbeitslosenversicherung. / Verlängerung der Unterstützungsdauer für Ausgesteuerte. / Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Die Herbsttagungen unseres Gesamtverbandes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In den Tagen vom 11. bis 13. Oktober fanden in Nürnberg, der zweitgrößten Stadt Bayerns, mit ihren vielen Zeugen einer alten deutschen Herrlichkeit, den zahlreichen mittelalterlichen Zinnen, Türmen und Toren, überaus bedeutungsvolle Tagungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Beide Veranstaltungen können als eine wertvolle Ergänzung des im April dieses Jahres in Dortmund abgehaltenen 11. christlichen Gewerkschaftskongresses angesehen werden. Zu allen die deutschen Arbeitnehmer in der Gegenwart berührenden Fragen wurde in eingehender Weise Stellung genommen. Die Sitzungen haben erneut klar und überzeugend die große Bedeutung unserer christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung bewiesen. Alles, was die Arbeitnehmer in der Jetztzeit bewegt, wurde auf den beiden Tagungen beraten. Das Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen wurde in Entschlüssen niedergelegt, die anschließend an den nachstehend veröffentlichten Bericht über die Tagungen an dieser Stelle abgedruckt sind. Für die große Bedeutung der Tagungen spricht auch der Umstand, daß hervorragende Vertreter der Behörden und der konfessionellen Landesorganisationen erschienen waren, die zum Teil in längeren Ausführungen sich über die zur Verhandlung stehenden Gegenstände äußerten. An erster Stelle ist hier zu nennen der langjährige Freund der christlichen Gewerkschaften, Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, dann weiter der Minister für soziale Fürsorge in Bayern, Herr Oswald, der Mitglied einer christlichen Gewerkschaft ist, der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Herr Dr. Luppe, Herr Ministerialdirektor Kessel vom Reichswirtschaftsministerium, Herr Monsignore Walterbach vom Verbande süddeutscher katholischer Arbeitervereine, Herr Schriftleiter Eise vom Verbande westdeutscher katholischer Arbeitervereine, Herr Generalsekretär Dr. Kattermann von den katholischen Gesellenvereinen, Herr Hartwig vom Deutschnationalen Arbeiterbund und von der Evangelisch-sozialen Schule und Herr Reichstagsabgeordneter Becker vom Gesamtverbande Deutscher Krankenkassen. Außer den genannten nahmen noch einige Freunde unserer Bewegung aus Wien und aus Tirol als Gäste an den Verhandlungen teil.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der zugleich auch Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, Ministerpräsident a. D. Kollege Dr. Adam Stegerwald, verbreitete sich in den beiden Veranstaltungen in erschöpfenden und tief-schürfenden Darlegungen über den geistigen Inhalt einer christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung. Er behandelte alle die großen Streitfragen, die heute die Entscheidung der Arbeitnehmerschaft verlangen. Vor allem die Frage der wirtschaftlichen Umgruppierung und die daraus für den aktiven Mitteilfluß der Arbeitnehmerschaft zuziehenden Folgerungen, sodann die Frage der politischen parlamentarischen Koalition, die er auch vom Standpunkt der Arbeitnehmerschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes als noch ungeklärt bezeichnete, ebenso wie diese Fragen im Bürgertum noch ungeklärt seien. Im Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat arbeitete er den Gedanken der Selbsthilfe als grundlegend für die Arbeitnehmerbewegung heraus. Schließlich ging er auf die geistige Umgruppierung ein, die sich im Arbeitnehmerlager vollziehe und welche auch im heutigen Stadium ausdrücklich die konfessionellen Landesvereine als Träger weltanschaulicher Richtung. An der Aussprache beteiligten sich der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Herr Monsignore Walterbach-München, sowie eine große Anzahl der ersten Führer in der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands. In der Aussprache wurde klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Vertretung der gewerkschaftlichen Belange unabhängig sei von den parteipolitischen Problemen, wie sie durch die Rede des Herrn Generaldirektors Dr. Silverberg bei Gelegenheit der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Dresden aufgerollt worden sind.

Rationalisierung der Wirtschaft und christliche Gewerkschaften.

Die fortschreitende Rationalisierung der Wirtschaft, die ihren sichtbarsten Niederschlag in der Bildung immer größerer Konzerne und Trusts findet, stellt auch die in der Gewerkschaftsbewegung organisierte Arbeitnehmerschaft vor große Probleme.

Die gewaltigen organisatorischen Vorgänge in der Wirtschaft, die unserem hochkapitalistischen Zeitalter das Gepräge geben, sind der Gewerkschaftsbewegung, die den anderen Teil der kapitalistischen Wirtschaft darstellt, an sich nicht abträglich. Die ganze Entwicklung, die unsere Wirtschaft nimmt, ist vielmehr eine Rechtfertigung der Gewerkschaftsbewegung. Man hat den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie das individuelle Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zerstören. Diese Entpersonalisierung des Arbeitsverhältnisses ist ohne Zweifel zu bedauern, aber die ganzen modernen Organisationsformen der Wirtschaft haben den Individualismus in der Wirtschaft zerstört und sie gerade in ihren mächtigsten und einflussreichsten Zentren entpersonalisiert.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (christliche Gewerkschaften) hat am 12. und 13. Oktober in Nürnberg eine Ausschufftagung abgehalten. Aus den Reden, die in der öffentlichen Versammlung dieser Tagung am 13. Oktober gehalten wurden, kann man ersehen, daß man sich in den Reihen der christlichen Gewerkschaften sehr eingehend mit den großen Fragen der Wirtschaftspolitik befaßt. Die öffentlichen Kundgebungen der christlichen Gewerkschaften erheischen heute eine um so größere Aufmerksamkeit und Beachtung, als es allgemein in Unternehmungskreisen Mode zu werden scheint, die christliche Gewerkschaftsbewegung gegen die freie Gewerkschaftsbewegung auszuspielen. Es sei nur an die Rede Dr. Silverbergs in Dresden erinnert, die geeignet ist, wenig einsichtsvolle Schlagworturteile über die christlichen Gewerkschaften zu unterstützen.

Aus den Referaten, die der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Otte und der bekannte Gewerkschaftsführer Bastrusch in Nürnberg hielten, erfährt man, daß sich die christlichen Gewerkschaften den verstärkten Konzernen und Trustbildungen der internationalen und nationalen Kartellierung gegenüber nicht ohne weiteres ablehnend verhalten, daß sie aber die volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefahren dieser Entwicklung richtig erkennen. Vor allem Bastrusch hat die Gefahrenseite nicht nur vom Standpunkte der Allgemeinheit und des Staates treffend gekennzeichnet. Er hat recht, wenn er sagt, daß „zweifellos die Gefahren der Nachtminderung des Staates durch die sich in immer größerer Zahl bildenden wirtschaftlichen Machtzentren bestiehe, und daß sich der Staat durch eine wirksame Kartellgesetzgebung schnelligt schützen müsse. Bastrusch verlangt, daß in den Verwaltungen der monopolistischen Rohprodukte- und Halbfabrikatetrusts durch Gesetz eine paritätische Vertretung der abnehmenden Industrien und des Handels hineinkommen müsse. Durch Ergänzung des bisherigen Betriebsrätegesetzes soll die Einführung von Zentralbetriebsräten bei den großen fusionierten Konzernen ebenfalls gesetzlich gesichert werden. Preisveränderungen bei bestimmten zu bezeichnenden Roh- und Halbfabrikatindustrien sollten der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums und eines kleinen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates unterliegen. Die Gesamtkontrolle bei fortschreitender Vertrauung der Industrie müßte der Reichswirtschaftsrat in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium durchführen. Vordringlich sei ein Verbot der Preisbindung der nächsten Wirtschaftsstufe durch die Kartelle und Syndikate. Diese Monopolunternehmungen müßten, wie jeder andere Geschäftsmann, ihre Waren jedem verkaufen, der das Geld dafür aufbringt und nicht nur an bevorzugte Kunden oder Handelsgesellschaften, die man selbst aufzieht und womöglich ausschließlich bedient.

Angesichts des typischen Vorganges im Kohlenyndikat, das ohne wirtschaftliche Gründe, sondern nur in Ausnutzung seiner machtpolitischen Stellung die Kohlenpreise ziemlich unmotiviert hinaufgesetzt hat, kann man Bastrusch nicht unrecht geben, wenn er feststellt, daß die von der Rationalisierung erhoffte Verbilligung der Preise und Erhöhung des Lebensniveaus der breiten Volksmassen noch nicht zu verspüren ist, daß die Trusts, Syndikate und Kartelle vielmehr ihr Augenmerk auf die Erhöhung der Preise gerichtet hätten. Auch Otte ist dafür, daß die Rationalisierungsbestrebungen nach unten in der Arbeitnehmerschaft sich rücksichtslos auswirke, aber nicht nach oben. Die Zahl der Direktoren habe im Gegenteil zugenommen.

Es liegt im Interesse des Staates, der Gesellschaft und unserer ganzen Kultur, daß der Rationalisierungsprozeß der Wirtschaft, die Proletarisierung der Massen, nicht ins Grenzenlose steigert, sondern umgekehrt eine Ueberwindung des Proletariats als ideales Ziel im Auge hat. Das Volk kommt vor der Wirtschaft und „volkswirtschaftlich“

kann auf die Dauer nur etwas sein, was der Besserung der Lebenshaltung des Volkes und damit der Steigerung der Volkskultur dient. Generalsekretär Otte sagte mit Recht: „Die Umbildung der Wirtschaft entbehrt der sinnvollen und gegensreichen Höherführung des Gemeinschaftslebens, wenn sie sich auf Kosten der breiten Schichten des Volkes vollzieht. Eine wohlverstandene Rationalisierung muß, wenn ihr Sinn nicht ins Gegenteil verkehrt und ihre Wirkung nicht zum Furch werden soll, erhöhte Einkommen und verbilligte Preise für die Masse des Volkes bringen.“

Produktionssteigerung und Absatzkrise.

Von Dr. Jahn.

Im Nachstehenden veröffentlichen wir Auszüge aus den Reden, die in der öffentlichen Ausschuffstung des D.G.B. am 12. und 13. Oktober zu Nürnberg gehalten wurden.

Als die wichtigste Ursache der krisenhaften Zustände der Weltwirtschaft ist der Einfluß der Politik auf das Wirtschaftsleben, wie er sich seit Kriegsbeginn gezeigt hat, anzusehen. In allen Ländern wird viel stärker als früher der Versuch gemacht, durch handelspolitische Maßnahmen, durch Subventionen und andere innerwirtschaftliche Unterstüßungen, die nationalen Volkswirtschaften zu entwickeln und eine weltwirtschaftsfeindliche Politik zu treiben. Der übersteigerte Protektionismus hat vor allen Dingen jene Ungleichmäßigkeit in die wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Länder gebracht, aus der sich dann der Widerspruch zwischen Produktionsfähigkeit und Absatzmöglichkeit ergibt. Eine gewaltige Verschärfung der von der Politik ausgehenden Störungen der Weltwirtschaft bringt die Reparationspolitik, deren Durchführung mit Notwendigkeit das Tempo der Kapitalbildung in Deutschland gegenüber den reichgeordneten Ländern hemmt. Dazu kommt dann noch, daß zwischen der oben gekennzeichneten handelspolitischen Absperrungspolitik und dem Gang zur Reparationszahlung durch Deutschland bzw. Zinszahlung Europas an Amerika ein bis jetzt ungelöster Widerspruch besteht.

Unter den Heilmitteln, die zur Behebung der weltwirtschaftlichen Nöte in den verschiedenen Ländern in Anwendung gebracht worden sind, stehen voran die Stabilisierung der Währungen und die sogenannte Rationalisierung der Wirtschaft. Wir bejahen die Rationalisierung, denn wir sind keine Rascheneurmer. Wir sind uns bewußt, daß Rationalisierung immer wieder eine zeitweise Freisetzung von Arbeitskräften bringen wird und stellen daher den Grundsatz auf: Je mehr Rationalisierung, um so mehr Sozialpolitik.

Unter den organisatorischen Maßnahmen, die unter dem Schlagwort der Rationalisierung durchgeführt werden, muß auf die verstärkte Konzern- und Trustbildung und auf die nationale und internationale Kartellierung hingewiesen werden. Auch diese Entwicklung lehnen wir nicht ohne weiteres ab, weisen aber auf ihre volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefahren hin. Vor allen Dingen scheint uns die neuwiesende Monopolbildung deshalb bedenklich, weil sie der Erfüllung des Grundsatzes „großer Umsatz, kleiner Nutzen“ sich sehr leicht entgegenstellen kann. Wenn Rationalisierung nicht zu niedrigeren Preisen oder höheren Einkommen führt, dann muß sie volkswirtschaftlich und in vielen Fällen auch privatwirtschaftlich ein Fehlschlag werden.

Wenn wir die Weltwirtschaftskrise und damit auch die krisenhaften Zustände unseres eigenen Wirtschaftslebens überwinden wollen, brauchen wir erstens eine Wirtschaftspolitik, die Ziele hat. Gewiß wird die praktische Politik immer aus Kompromissen bestehen. Aber es ist doch zweierlei, ob man irgendwelche Wirtschaftskonflikte durch irgend ein Kompromiß vorläufig beilegt oder ob man bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, auch bei einer Kompromisspolitik, auf feste Ziele hinarbeitet.

Die wirtschaftspolitischen Ziele ergeben sich vor allen Dingen aus der unglücklichen Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch die große und die kleine Politik, die in den letzten zehn Jahren getrieben worden ist. Im Sinne der großen Politik handelt es sich in erster Linie für Deutschland um die Revision des Dawesplanes und für die übrige Welt um die Vereinigung der internationalen Verschuldung. Daraus ergibt sich dann auch eine internationale Handelspolitik, die den übertriebenen Protektionismus langsam abbaut. Die Revision der falschen Zollpolitik, die besonders durch die Entstehung der neuen Staaten in Europa veranlaßt worden ist, fesselt heute unter dem Schlagwort des europäischen Zollvereins. Man braucht nicht zu leugnen, daß die europäische wirtschaftliche Verständigung an sich erstrebenswert ist. Man soll aber nicht denken, daß man überstürzt einen europäischen Zollverein herbeiführen könnte. Nachdem nun einmal lange Zeit hindurch die gegenläufige Wirtschaftspolitik getrieben worden ist, kann man nicht plötzlich das Steuer wenden.

Was wir zweitens brauchen, und ganz besonders in Deutschland brauchen, das ist der Unternehmer, der diesen Namen verdient. Die immer größer werdende monopolistische Wirtschaft bringt auch die Gefahr, daß der Unternehmer verschwindet und der Bürokrat an seine Stelle tritt. Wer das geltende Wirtschaftssystem im Grunde bejaht, weil es Raum läßt für Initiative und Selbstverantwortung, der muß eine Entwicklung für bedenklich halten, die alles Risiko, das seinem Wesen nach der Unternehmer tragen müßte, auf Abnehmer und Arbeitnehmer abwälzen sucht.

Und drittens brauchen wir eine wache, aktive, fest zusammengefloßene Arbeitnehmerschaft. Man muß sich wundern, daß bei der Verstärkung der Monopol Tendenzen in unserem Wirtschaftsleben immer noch so breite Schichten der Arbeitnehmer gleichgültig und lässig die Entwicklung herankommen lassen, daß man trotz dieser Verstärkung der Unternehmerschaft noch so viel Gewerkschaftsmüdigkeit antrifft.

Die Rationalisierung wird die Produktion von neuem vermehren. Wenn sie Absatz finden soll, dann brauchen wir bei uns und in anderen Ländern Arbeitnehmer, die stets den Willen zur Lohnsteigerung nicht nur haben, sondern auch organisieren. Gewiß kann man nicht mit dauerndem Erfolg durch Machtentfaltung der Gewerkschaften jeden beliebigen Lohn anrecht erhalten. Der Lohn wird immer von der produktiven Entwicklung des Wirtschaftslebens abhängig sein. Ob aber steigende Produktion sich in steigendes Arbeitseinkommen umsetzt, das hängt im wesentlichen von der Machtentfaltung der Arbeitnehmer und ihrer Verbände ab.

Die Aufgaben des Staates in der Wirtschaftskrise.

Von Verbandsgeschäftsführer F. Waltrusch, M. d. R.W.R.

Ueber das Thema „Die Aufgaben des Staates in der Wirtschaftskrise“ sprach der Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften, F. Waltrusch, M. d. R.W.R. Er wies auf die Notwendigkeit der Anpassung der deutschen Wirtschaft an die völlig veränderte Struktur der Weltwirtschaft und an die hochentwickelte Technik des mit uns konkurrierenden Auslandes hin. Deutschland habe ein Interesse an der Stabilisierung der Währungen der mit uns konkurrierenden Länder. Diese täuschen sich noch über ihren wirtschaftlichen Zustand und glauben, durch Valutadumping besondere Geschäfte machen zu können. Die Wirtschaft des Auslandes an der Stabilisierung anderer Währungen gegen gewisse Gegenleistungen ist richtig, ebenso auch die Bemühungen, den Dammplan durch entsprechende Verhandlungen mit den beteiligten Ländern durchführbar zu gestalten. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müßten aber auch die Bestimmungen und Maßnahmen, die die Souveränitätsrechte des Reiches aufs schärfste einschränken, einer baldigen Revision unterzogen werden. Die rohen Systeme der Ein- und Ausfuhrverbote und der überhöhten Schutzzollmauern müssen abgebaut werden. Hohe Erbschaftsteuern auf der einen und politische Knebelungen und weitgehende wirtschaftliche Ausfaltung Deutschlands vom Weltmarkt auf der anderen Seite widersprechen sich selbst. Die deutsche Wirtschaft benötigt die schnelle Wiedereinschaltung in den Weltkapitalismus und -handel.

Zu den innerwirtschaftlichen Aufgaben des Staates übergehend, wies Waltrusch darauf hin, daß die deutschen Gewerkschaften sich der Notwendigkeit der Rationalisierung trotz der großen Opfer, die den Arbeitern und Angestellten dabei auferlegt werden müssen, nicht verschlossen haben. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung wird begrüßt, seine beschleunigte Durchführung gefordert. Wo die größte Arbeitslosigkeit ist, soll die erste Hilfe kommen. Die Notstandsarbeiten — insbesondere größere Arbeiten — müßten gerade in den Wintermonaten stärker in Angriff genommen werden. Die Bauprojekte sollte man auf eine kürzere Zeit, wie vorgesehen, zusammensträngen. Provinzen und Gemeinden sollten durch Sonderaktionen auch von sich aus eingreifen. Die Passierung von Aufträgen bei Einzel firmen ist zu vermeiden, die Einhaltung der regulären Arbeitszeit und der tariflichen Entlohnung durchzusetzen. Die langfristigen Erwerbslosen sollen in erster Linie bei der Einstellung berücksichtigt werden.

Die stärkere Förderung des Wohnungsbaues ist der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Sache. Wir brauchen ein zehnjähriges Wohnungsbauprogramm. Ohne ganz erhebliche Zinsenkung für Hypotheken gibt es keine durchgreifende Wohnungspolitik. Drei Möglichkeiten, das Bauprogramm durchzuführen, ergeben sich: die Auflage einer Woh-

ungsanleihe, die schrittweise Erhöhung des Anteils an der Hauszinssteuer für Wohnungszwecke oder eine Mietererhöhung im nächsten Jahre zugunsten des Wohnungsbaues. Die Finanzierung des Wohnungsbaues sollte in Zukunft die folgende sein: 60 Prozent durch erste und zweite Hypothek, 40 Prozent durch Hauszinssteuerhypothek und 10 Prozent durch Eigenkapital. Die Reichsbankleitung hätte Veranlassung, auf dem Gebiete der Zins- und Provisionsherabsetzung bedeutend wirksamer vorzugehen als bisher. Eine erneute Bodenspekulation müßte durch schnelle Einbringung des neu bearbeiteten Wohnheimstättengesetzes und des Preußischen Städtebaugesetzes verhindert werden.

Die von der Rationalisierung erhoffte Verbilligung der Preise und Erhöhung des Lebensniveaus der breiten Volksmassen ist noch immer nicht eingetreten. Die Trusts, Syndikate und Kartelle hatten nach der Entlassung von Tausenden von Arbeitnehmern nichts Eiligeres zu tun, als die Preise zu erhöhen und die Löhne und Gehälter zu senken. Wir stehen der Entwicklung der Trusts und Kartelle, besonders solcher internationaler Art, nicht so freudigen Herzens gegenüber, wie manche Regierungsstellen. Es besteht zweifellos die Gefahr der Machtminderung des Staates durch die sich in immer größerer Zahl bildenden wirtschaftlichen Machtzentren. Hiergegen muß sich der Staat durch eine wirksame Kartellgesetzgebung schnellst möglich schützen. In die Verwaltungen der monopolistischen Rohprodukte- und Halbfabrikatetrusts muß durch Gesetz eine paritätische Vertretung der abnehmenden Industrien und des Handels hineinkommen. Durch Ergänzung des bisherigen Betriebsrätegesetzes ist die Einführung von Zentralbetriebsräten bei den großen fusionierten Konzernen ebenfalls gesetzlich zu sichern. Preisveränderungen bei bestimmt zu bezeichnenden Roh- und Halbfabrikateindustrien sollten der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums und eines kleinen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates unterliegen. Die Gesamtkontrolle bei fortschreitender Vertretung der Industrie müßte der Reichswirtschaftsrat in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium durchführen. Vordringlich ist ein Verbot der Preisbindung der nächsten Wirtschaftsstufe durch die Kartelle und Syndikate. Diese Monopolunternehmungen müßten, wie jeder andere Geschäftsmann, ihre Waren jedem verkaufenden Kunden oder Handelsgesellschaft, die man selbst aufzieht und womöglich ausschließlich bedient. Das Mittel eines beweglichen Zolles, das dem Reichswirtschaftsminister in die Hand gegeben werden könnte, ist auch in den Kreis der Erörterungen zu ziehen. Wegen den Warenartikeln, durch den die Preise unnatürlich hochgehalten werden, müßte von den zuständigen Stellen sofort durch Normativbestimmungen vorgegangen werden.

Die Arbeitnehmer verlangen erneut und dringlichst ihre Einschaltung in die öffentlich-rechtlichen Berufskammern der deutschen Wirtschaft.

Die Gewinnspannen der Händler, Handwerksmeister und Ladeninhaber sind noch immer erheblich hoch. Besonders auffällige Preispannen sind bei Früchten und Fischkonserven bei Butter und sonstigen geräucherten Fleischwaren sowie in den Bäckereien, Konditoreien und Gaststätten festzustellen. Die Preise betragen oft das Doppelte des Friedenspreises und darüber, bei Süßwasserfischen oft das Dreifache gegenüber dem Frieden.

Der Staat kann durch eine gut geleitete Kreditpolitik auch eine Milderung der Arbeitslosigkeit erreichen. Staatlicherseits müßte dem Kreditbedürfnis der Wirtschaft, insbesondere dem der mittleren und kleineren Werke, mehr als bisher entgegengekommen werden. Reich und Länder haben ja Einfluß auf eine ganze Reihe von Bank- und Kreditinstituten. Von den privaten Großbanken ist für die kleineren Betriebe nichts zu erwarten. Staat und öffentliche Meinung müßten auch auf die schnellere Senkung der Gebühren, besonders der Rechtsanwalts- und Prozeßgebühren sowie der noch viel zu hohen Transportkosten jeder Art einwirken. Die Rechtsanwaltsgebühren betragen beispielsweise heute noch das fünf- bis sechsfache der Friedensgebühren. Man sträubt sich, sie wenigstens auf das zweieinhalbfache festzusetzen. Im Aktienwesen ist längst nicht alles so in Ordnung, wie der Exponent der Deutschen Großbanken, Dr. Solmsien, auf dem letzten Juristentage glaubte feststellen zu sollen. Die Banken und Betriebsverwaltungen haben ein zu starkes Uebergewicht gegenüber den Aktionären, deren Rechte obendrein noch durch die jetzige Aktienentwicklung völlig beschnitten sind. Auf die Durchsichtigmachung der Bilanzen müßte schon von Staats wegen mehr Wert gelegt werden als bisher. Den Bestrebungen

auf Abschaffung der Steuerbilanz ist unbedingt entgegenzutreten. Die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltungen im Reich, in den Ländern und vor allem in den Kommunen müßte erreicht werden können. Unsere Steuerpolitik kann natürlich nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern muß auch nach sozialen Gesichtspunkten eingestuft werden. Vom Reichsfinanzminister, der hundertprozentig für die Industrie redete, ist zu verlangen, daß, wenn er wirklich noch überschüssige Mittel haben sollte, er diese für einen noch stärkeren Wohnungsbau und eine verbesserte Hilfe für die Erwerbslosen, Ausgesteuerten und Kurzarbeiter verwenden möchte.

Die landwirtschaftlichen Maßnahmen des Staates müßten den Zweck haben, die landwirtschaftliche Produktion zu heben und zu fördern, indem der Staat bei seinen handelspolitischen Maßnahmen die Bedeutung der eigenen Landwirtschaft für die Ernährung des Volkes und für die Handelsbilanz würdigt. Durch Einwirkung des Staates müßten langfristige Kredite zu niedrigen Zinsfüßen für die Landwirtschaft besorgt werden. Ferner wären Maßnahmen zu treffen, die der Wiederherstellung des Preisausgleichsgewichts für Landwirtschafts- und Industrieerzeugnisse dienen. Die Maßnahmen der Reichs- und Länderregierungen zur Bodenverbesserung und Siedlung, besonders zur Bauern- und Landarbeiter siedlung, sowie zur Urbarmachung von Obland sind zu begrüßen, nur müßten diese dringenden innenkolonialisatorischen Maßnahmen noch mehr beschleunigt und mit größeren Mitteln durchgeführt werden. Das Pachtzugsdauerrecht müßte alsbald eine Umwandlung erfahren, durch die das einseitige Machtverhältnis zu Ungunsten des Pächters beseitigt wird. Die Regierung könnte und sollte ihrerseits auch geeignete Schritte tun, um die großen wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer und Arbeitnehmer einander näher zu bringen.

Neben der Hilfe des Staates in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Selbsthilfe der großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Abschaffung von Mißständen oft sehr viel wirksamer als die staatlichen. Staatliche und Selbsthilfemaßnahmen müssen sich ergänzen, um die Absatz- und Rationalisierungskrisis schneller zu überwinden und die Millionen ausgeschalteter Arbeitskräfte zum Nutzen des Gesamtvolkes wieder einzuschalten.

Gewerkschaftliche Selbsthilfe, Lohnpolitik, Einkommensverwendung.

Dazu führte der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Ditt, Berlin, u. a. folgendes aus:

Die christliche nationale Arbeiterbewegung erwartet nicht vom Staat, daß er dem einzelnen Menschen die Verantwortung für sein Fortkommen und die Aufrechterhaltung seiner Existenz abnimmt. Nach der Auffassung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß nach wie vor die Selbsthilfe sowohl des Einzelnen wie des Berufsstandes die erste Stelle einnehmen. Diese Haltung steht nicht im Widerspruch mit der Forderung, daß der Staat die Pflicht hat, den sozial am meisten Bedrängten und Hilfsbedürftigsten beizustehen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus wehren wir uns dagegen, daß vom Staat als einer Versorgungsanstalt, „die Millionen von Menschen der Verpflichtung enthebt, für sich und ihre Familie zu sorgen“, geredet wird. In Wirklichkeit ist es so, daß der Staat sittliche Verpflichtungen der Wirtschaft übernimmt, die zu übernehmen die weitaus größte Mehrzahl der Arbeitgeber sich bis jetzt immer noch geweigert hat.

Die Rationalisierung und Konzentrierung in der Industrie verschiebt das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Arbeitnehmer, woraus dem Staat verstärkte soziale Aufgaben erwachsen. Vor allem muß erwartet werden, daß die gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeitnehmer gestützt und ergänzt wird durch eine soziale Staatspolitik.

Die bisherige durch technische Bervollkommnung und Rationalisierung der Betriebe erzielte höhere Produktivität, verbunden mit einer Verringerung der Produktionskosten ist den Arbeitnehmern in Form von höheren Löhnen nicht entsprechend zugute gekommen. Statt berechtigter Vorteile haben viele Arbeitnehmer die Schattenseite dieser Entwicklung durch Erwerbslosigkeit und durch die Abschließung vieler Arbeitskräfte im vorgerückten Alter aus dem Erwerbsleben erfahren. Die Umwälzung der Wirtschaft entbehrt aber der sinnvollen und segensreichen Führerschaft des Gemeinschaftslebens, wenn sie sich auf Kosten der breiten Schichten des Volkes vollzieht. Das war bisher überwiegend der Fall. Eine wohlverstandene Rationalisierung

Neuer Kunstwolle.

II.

Wo es sich um besonders wertvolles Fadengut handelt, wie beim Kamungarn und der Seide, kommen auch krepelartige Auflösungsmaschinen, sogenannte Fadenspinner, zur Anwendung. Bestere Maschinen arbeiten mit Wolzen, die mit Sägezahntrichterbefestigt sind. Diese Maschinen erfassen die Fadenspitze schleifenartig und zerziehen diese, oder sie werden durch entgegenarbeitende Zähne abgekämmt. Die Fadenspinner ergeben geringere Arbeitsleistungen, sie bleiben gegenüber den Reizwölfen um etwa ein Drittel zurück. Aber auch die Fadenspinner werden für eine stufenweise Auflösung gebaut; demgemäß erhalten die Wolzenbefestiger eine zunehmende Feinheit. Man begegnet Fadenspinnern mit vier Haupttrummeln. Die durch die Zerfaserung gewonnenen Fasern bewegen sich in Rängen von 5 bis 20 mm; meistens beträgt jedoch die Länge 8 bis 10 mm. Je nach der Länge der Faser wird die Kunstwolle mit mehr oder weniger Naturwolle im Schlagwoll gemischt und dann wie Streichwolle gesponnen. Zur Gewinnung von Extrakt oder Alpaka werden aus Wolle mit Baumwolle und Seiden erzeugte Stoffe karbonisiert, das heißt, in einem schwachen Bade von Schwefelsäure, Salzsäure, Chloraluminium, Chlorzink und dergleichen behandelt, dann sofort getrocknet und noch warm in einem Klopfwoll gewickelt, wobei die vollkommen zerbrechlich gewordenen Fasern als Staub abgetrieben werden. Die zurückgebliebene Wolle wird darauf mit schwacher alkalischer Lauge gewaschen, getrocknet und wie Shoddy verarbeitet.

Eine der letzten Erfindungen auf dem Gebiete der Kunstwolle betrifft das von der italienischen Kunstfaserfabrik Suisa Biscosa herausgebrachte Erzeugnis, als Suiasil bezeichnet. Man sagt der neuen Kunstwolle einen sehr schönen Glanz nach, erweist sich auch für die Verarbeitung zu Wirkwaren sehr geeignet, doch lasse sie beim Griff keinerlei Wärme empfinden, so daß sie in der wichtigsten Bedingung der Wärmehaltung für die Naturwolle keinen ernsthaften Wettbewerb bedeutet. In Australien, dem künstlichen Seidland, verfolgt man die Entwicklung der Kunstwolltechnik mit besonderer Aufmerksamkeit, da die Wirtschaftlichkeit der gewaltigen australischen Schafzuchtereien mit dem Exportkommen der Kunstwolle steht und fällt. Die neue Kunstwolle soll ihre Verarbeitung auch auf Baumwollmaschinen zulassen; es wird ihr weiter eine um 5 Prozent größere Festigkeit als der Naturwolle nachgesagt, so daß sie zur Verarbeitung

von Stoffen, die eine besondere Festigkeit bedingen, wie Uniformstoffe, vollauf geeignet sei. Australische Wollschafherden haben erklärt, daß Suiasil den niederen Graden der natürlichen Wolle so ähnlich sei, daß eine Verbesserung der niederen Grade dringend geboten erscheine, wenn dem Wettbewerb begegnet werden soll. Die Universität Sidney hat Proben von Kunstwolle den Schafzüchtern und Wollfabrikanten zum Studium zugänglich gemacht. Mikroskopisch betrachtet, zeigt die 30-fache Vergrößerung die neue Kunstwolle Suiasil in ihrer Faser das typische Aussehen der Zellulose-Kunstfaserprodukte, mehr oder weniger für längsgerichtet mit zahlreichen und auf der Faser befindlichen Verzweigungen. Der Querschnitt der Faser ist nicht ganz kreisrund; im Längsverlauf erheben sich Teile rippelartig aus der Oberfläche. Neben der feinen Längsrichtung weist die Faser dickere Streifen auf. An Stellen, die einer Beanspruchung ausgesetzt werden, wie beim Spinnen oder Aufwinden, zeigt die Faser Verdrehungen, oft auch Verdickungen im Durchmesser. Im übrigen läßt die Faser das Bestreben erkennen, sich zu kräuseln, wie dies ein Merkmal der feinen Wolle ist. Die neue Kunstwolle ist wesentlich billiger als die echte Wolle.

Was nun die Prüfung und Untersuchung von Kunstwolle anbetrifft, so ist darüber folgendes zu sagen: Alkalische Laugen pflegen die Kunstwolle viel schneller anzugreifen als dies dem unerlehten neuen Wollhaar gegenüber geschieht. Kunstwolle quillt daher unter dem Einfluß alkalischer Laugen viel schneller auf als Naturwolle. Will man Shoddywolle quantitativ untersuchen, so köchelt man sie mit konzentrierter Natronlauge. Bei diesem Verfahren löst sich echte Wolle und Seide auf, während die Baumwoll- und Leinenfasern ungelöst bleiben. Nach dem Trocknen kann man diese Reste wiegen und so den Gehalt der Baumwoll- und Leinenwolle und Seiden feststellen. Beachtenswert ist, daß der Gehalt an echter Wolle neben Seide in der Kunstwolle zu ermitteln, so behandelt man letztere mit konzentrierter Schwefelsäure. Die Seide verfällt hierbei ziemlich schneller Auflösung, während die Naturwolle ungelöst zurückbleibt. Man verdammt dann stark mit Wasser, filtriert durch ein Zuckfilter, dessen Fäden ziemlich große Zwischenräume haben, wäscht aus und stellt nach dem Trocknen das Gewicht der Naturwolle fest.

Wo es sich um eine qualitative Prüfung handelt, wird eine Probe „Holzblau“ gefärbt. Während sich die Naturwolle anfärbt, bleiben Baumwoll- und Seide fast ungefärbt. Die Fäserchen

der letzteren sucht man heraus und kann man nun mit Hilfe des Mikroskopes die endgültige Feststellung machen. Wo eine vollständige Analyse notwendig wird, hat sich diese noch auf den Wassergehalt und Fettgehalt zu erstrecken. Zur Ermittlung des Wassergehaltes wird eine gemogene Durchschnittsprobe bei 100 Grad Celsius getrocknet. Das Differenzgewicht stellt den Wassergehalt dar. Um den Fettgehalt zu bestimmen, wird eine getrocknete Probe in einem Extraktionsapparat mit Petroleumäther behandelt. Nachdem man den Äther sorgfältig abdestilliert hat, stellt man das zurückgebliebene Fett durch Gewicht fest. Man kann auch eine quantitative Prüfung der Kunstwolle mittels des Mikroskopes durchführen. Man geht hier in etwa folgender Weise vor: Man stellt recht sorgfältig einige Präparate her, zu untersuchenden Kunstwolle her und achtet besonders darauf, daß die einzelnen Gewebefasern möglichst parallel liegen. Man beobachtet mikroskopisch bei 20 bis 25facher Vergrößerung und schreibt auf, wieviel von jeder Faserart auf allen Präparaten enthalten sind. Auf diese Weise kann man das annähernde Mischungsverhältnis feststellen. Unter dem Mikroskop lassen die weißen Shoddyforten verschiedenfarbige Wollfasern erkennen, wodurch bewiesen ist, daß die Haare keiner gemeinsamen Färbeprozedur unterworfen waren. Auch der Durchmesser der Wollhaare liefert Inhaltspunkte zur Unterscheidung von Wolle und Kunstwolle. Das Shoddyhaar zeigt niemals einen so gleichförmigen Bau wie die frische Wolle, was auch von dem Durchmesser gilt, der bei der Kunstwolle niemals konstant ist. Das Shoddyhaar verengt sich in seinem Verlauf allmählich oder plötzlich, erweitert sich dann mit einer unförmigen Ausbuchtung, um sich hierauf wieder zu verjüngen. Oft sind an manchen Haarstellen die Schuppen im Verlust geraten, oder das Haar ist gezerrt, wodurch sich an diesen Stellen der Haardurchmesser verkleinert. Der Durchmesser des Wollhaares geht dann an diesen Stellen unter das gewöhnliche Maß, jedoch eine Breite von 0,01 mm und darunter keine Seltenheit ist. Schließlich kann man auch die Länge der Wolle als ein Erkennungsmerkmal der Kunstwolle benutzen. Bei der Kunstwolle pflegen die Enden der Fasern gewöhnlich stark zerfasert zu sein. Es muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Nachweis sehr kleiner Mengen von Kunstwolle auf ziemlich Schwierigkeiten stößt. Die Frage, ob die Kunstwolle in der Zukunft zu einer größeren Anwendung kommen wird als bisher, läßt sich bei dem gegenwärtigen Stand der Kunstwolltechnik nur schwer beantworten. Dr. P. Martell.

Textilmaschinen auf der Technischen Messe in Leipzig.

Von Professor Alfred Freund.

muß, wenn ihr Sinn nicht ins Gegenteil verkehrt und ihre Wirkung nicht zum Fluch werden soll, erhöhte Einkommen und verbilligte Preise für die Masse des Volkes bringen. Beides ist in angemessenem Verhältnis möglich. Die Löhne stehen in gar keinem Vergleich mehr zu den gestiegenen Produktionsziffern und Leistungen. Daß der Reallohn für einige Arbeiterkategorien den Stand der Vorkriegszeit erreicht hat, will wenig besagen. Abgesehen von den sozialen Notwendigkeiten für Lohnsteigerungen sind dafür auch wirtschaftliche Möglichkeiten gegeben.

Nach wie vor zeigt sich ein starker Widerstand im Arbeitgeberlager nicht nur gegen Lohnhöhungen an sich, sondern auch gegen Lohnbindungen durch Tarifverträge und Gewerkschaften. Solange das der Fall ist, haben die schönen Reden auf offiziellen Tagungen der Industrie über die Verständigung mit der Arbeitnehmererschaft nicht den Wert, den wir ihnen wünschen möchten. Wenn die „werksgemeinschaftlichen Gebilde“ von wesentlichen Teilen der Arbeitgeber unterstützt werden, um den Selbsthilfegedanken der Arbeitnehmer niederzurufen, wenn verschärfte Anweisung ergeht, Lohnforderungen der Gewerkschaften durch Anträge auf Lohnherabsetzungen zuvorkommen, wenn Abdingbarkeit der Tarifverträge propagiert wird, dann zeigt das alles, daß die Arbeitnehmererschaft sich eine bessere Position noch schwer erkämpfen muß.

Während die Rationalisierungsbestrebungen nach unten in der Arbeitnehmererschaft sich durch Entlassungen geradezu rückwärts auswirken, scheinen sie nach oben die Inflation noch nicht besänftigt zu haben. Die Zahl der Arbeiter, der unteren Angestellten und Beamten verringert sich, während die Zahl der Direktoren und höheren Betriebsbeamten gegenüber früher zugenommen hat.

Angeichts der gesamten Verhältnisse ergibt sich für die Gewerkschaften die zwingende Notwendigkeit einer verstärkten aktiven Lohnpolitik. Das Realeinkommen der breiten Masse der Arbeitnehmer liegt zu tief. Weil eine Verständigung mit den Arbeitgebern nach den bisherigen Erfahrungen nur schlecht zu erzielen ist, müssen sich die Gewerkschaften mit allem Nachdruck gegen das Verlangen auf Abbau bezw. Wegfall der amtlichen Schlichtungsstellen wenden. Den in Betracht kommenden amtlichen Stellen sei dringend nahe gelegt, nicht nur die Bemühungen der Gewerkschaften um die Erhaltung einer kollektiven Arbeitsvertragsregelung, sondern vor allem auch ihre auf möglichstste Erhöhung des Lohnniveaus gerichtete Tätigkeit zu unterstützen. Die staatlichen und öffentlichen Betriebe sollen mit gutem Beispiel in der Lohn- und Tarifvertragspolitik vorangehen.

Im Zeitalter der Trust- und Kartellbildung ist die Forderung nach individuellen Werkstarifen zum mindesten sehr widerspruchsvoll. Der Vorwurf der Schematisierung und Gleichmachelei durch die Tarifverträge wird zu Unrecht erhoben. Die Akkordarbeit würde vielfach noch ergiebiger sein, wenn nicht viele Arbeitgeber in wenig weislicher Weise die Akkordlöhne beschnitten würden, sobald sie über die tariflichen Durchschnittslöhne hinausgehen.

Die Schwierigkeiten der Lohn- und Tarifpolitik liegen mehr in der Schwierigkeit der Anpassung an die durch die Rationalisierung sehr stark der Veränderung unterworfenen Arbeitsvorgänge und mechanischen Arbeitsverrichtungen. Diese Entwicklung verändert stark die Grundlagen der Akkordentlohnung, verschiebt andererseits auch das Verhältnis zwischen Facharbeitern und angelernten Arbeitern. Trotz dieser Schwierigkeiten wird sich aber eine Verständigung in der Lohnfrage finden lassen, wenn man sich unter Zuhilfenahme gegenseitiger Gleichberechtigung zusammensetzt, und wenn man arbeitgeberseitig mehr von dem noch stark vorherrschenden Gedanken abkommt, daß der Nutzen der Rationalisierung dem Arbeitgeber allein zugute kommen muß.

Die Rationalisierungsbestrebungen bringen auch eine Reihe von sozialen Gefahren mit sich. Die z. B., daß die älteren Arbeiter und Angestellten in großer Zahl arbeitslos werden. Die Frage einer besseren Sicherung der Existenz der älteren Arbeitnehmer wird dadurch immer brennender. Eine weitere mit der Rationalisierung und Industriezentrierung ebenfalls zusammenhängende Gefahr liegt darin, daß man nicht nur die gewerbliche Ausbildung der Jugendlichen, sondern auch Spiel und Sport und psychotechnische Eignungsbeurteilung mehr in die Betriebe zu verlegen sucht. Die Arbeitnehmer sind hier zu einer gleichberechtigten Mitwirkung zumeist völlig ausgeschaltet. Sie wehren sich mit Recht dagegen, „einem einseitigen Vergütungsverfahren ausgesetzt zu werden“. Für die in starkem Maße erwerbslosen Jugendlichen sind Mittel zur Ausbildung von staatswegen zur Verfügung zu stellen. Die mangelhafte Erwerbslosenfürsorge läßt von neuem und verstärkt die Forderung nach alsbaldiger Schaffung einer Arbeitslosenversicherung laut werden.

Die mit der Rationalisierung zusammenhängende Beschränkung der Arbeitnehmer auf bestimmte Tätigkeiten und auf wenige Handgriffe hat besondere Bedeutung im Hinblick auf die Frage der Berufsfreude und Qualitätsleistung. Ein öfterer Wechsel des Arbeitsplatzes, insbesondere für die Jugendlichen, erscheint notwendig. Die Gefahren der Betriebsarbeit erhöhen sich ebenfalls mit der Umbildung der Arbeitsvorgänge und der maschinellen Einrichtungen. Es gewinnt damit die Frage des betrieblichen und gesetzlichen Arbeiterschutzes verstärkte Bedeutung. Die Höherspannung der Leistungen führt des weiteren zur Behinderung der Forderung eines angemessenen Urlaubs und einer der Entwicklung angepaßten Arbeitszeit. Das Arbeitsschutzgesetz sollte beschleunigt in einer den vom D.G.B. geltend gemachten Wünschen entsprechenden Form verabschiedet werden.

Die Gewerkschaften würden ihre bedeutenden Aufgaben nicht richtig erfüllen, wenn sie nicht neben der Frage der Einkommenserhöhung auch der Einkommensverwendung ihr Augenmerk widmen. Dasselbe gilt für eine gute und zweckdienliche Verwendung der Freizeit. Eine kurze Arbeitszeit an sich und ein möglichst hoher Lohn sind allein noch kein Beweis für einen hohen Kulturstand der Arbeitnehmererschaft. Ohne Zweifel liegt in der Anwendung des von der Arbeitnehmererschaft Erzwungenen noch viel im Argen. Dabei können den Arbeitnehmern größere Vorteile als anderen Ständen nicht gemacht werden. Wo in der Arbeitnehmererschaft üble Sitten und Gewohnheiten sich eingeschlichen haben, ist das böse Beispiel zumeist von oben gekommen. Von der Seite des Verbrauchers kann die Arbeitnehmererschaft in starkem Maße auf die Produktion einwirken. Wer wollte leugnen, daß heute der Verbrauch stark irreflektiert ist. Für die Arbeitnehmererschaft muß vermehrt der alte und wahre Satz gelten: Das Notwendigste und das Nützlichste zuerst. Bedürfnisse schädlicher Art, vielfach künstlich hervorgerufen, müssen ausgeschaltet werden. Der „billige Einkauf“ muß dem Kauf von Qualitätswaren weichen. Das Beste ist noch immer das Billigste, abgesehen davon, daß sein Konsum auch zur Pelebung der Qualitätsproduktion beiträgt. Die Zunahme der Spartätigkeit beweist, daß starke Ansätze in der Gesundung der Einkommensverwendung vorhanden sind. Durch die eigenen Spareinrichtungen

Der technische Fortschritt, auch im Textilmaschinenbau, hängt mit all den Fragen zusammen, die wir seit einigen Jahren unter „Rationalisierung“ zusammenzufassen pflegen. Die Arbeitsmaschinen, zu denen auch die Textilmaschine gehört, haben letzten Endes die soziale Aufgabe zu lösen, selbst bei erhöhten Löhnen konkurrenzfähige Preise zu erzielen, damit den Absatz zu erhöhen und rückwirkend auf das materielle Wohl der arbeitenden Schichten günstig einzuwirken.

Von diesem Standpunkt, also vom Standpunkt der rationalen Produktion aus, sind auch die Maschinen zu betrachten, die als Neukonstruktionen auf der Technischen Messe in Leipzig ausgestellt wurden.

Gut waren die Strickmaschinen vertreten. Die neuesten Konstruktionen nehmen darauf Rücksicht, daß das Buntmuster auch beim Stricken in den Bereich der Mode eingetreten ist. Deshalb sind diese Maschinen so konstruiert, daß durch wenige einfache Handgriffe eine Umstellung möglich wird, derart, daß zeitweise glatte Arbeit, zeitweise Jacquardarbeit ohne Zeitverlust auf ihr geleistet werden kann. Diese Kombination ist auch deshalb sehr glücklich, weil dadurch die Möglichkeit gegeben ist, auch in kleinen und kleinsten Strickereibetrieben rationell zu arbeiten. Eine Dresdner Firma bringt die Maschinen in drei Typen auf den Markt. Eine Type mit kurzem Schlitten und zwei Fadenführern, eine solche mit hohem Doppelbügelschlitten und vier Fadenführern und eine vollautomatische Motormaschine, die für Transmissionsantrieb oder mit direktgekuppeltem Motor geliefert wird. Auf allen drei Typen können Jacquard-Strickwaren hergestellt werden. Die Jacquardwirkung wird erzielt durch ausgestanzte Stahlkarten, in ähnlicher Weise wie bei den Jacquardwebstühlen, nur mit dem Unterschied, daß diese Stahlplatten vollständig ausgestanzt sind und bei ihnen ein Abdecken bestimmter Lochgruppen vorgesehen ist, je nach dem Muster, welches gewebt werden soll. Diese Jacquardkarten können also ohne Verwendung einer Stanze vom Stricker selbst zugerichtet werden und brauchen nicht bei verändertem Muster durch andere Karten ersetzt zu werden. Der Stricker entfernt nur die Stäbe von den alten Stellen und bringt sie dort wieder an, wo das neue Muster es erfordert. Es ist auch noch in bezug auf viele Einzelheiten der Einstellung der Maschine stets auf Abkürzung der Einrichtezeit Bedacht genommen und in bezug auf schnellere Anpassungsfähigkeit an neue Muster. Damit ist die Vorbedingung für gute Strickmaschinen erfüllt. Eine Chemnitzer Firma hatte sehr gute Rundstrickmaschinen ausgestellt, insbesondere Rundstrickvollautomaten für Socken- und Strumpffabrikation, aber auch für längs- und diagonalgestreifte Strammatten und zur Herstellung von Jaden und dergleichen. Die Konstruktionen sind einfach trotz ihrer vielseitigen Verwendbarkeit.

Die Verwendungsmöglichkeit von Kunstseide ist entsprechend der heutigen Einstellung der Produktion überall gegeben. Webmaschinen sind zu dieser Herbstmesse nur mäßig vertreten gewesen. Eine englische Firma hatte eine Schußauswechsellvorrichtung ausgestellt, die an jedem Stuhl angebracht werden kann. Es handelt sich um ein Magazin, welches mit Spulen belegt wird, die selbsttätig nach Leerlauf der betreffenden Schützenpule und nach deren Ausstoß an deren Stellen gelegt wird. Im Frühjahr hatte eine Schweizer Firma zwar nicht die gleiche, aber doch eine Einrichtung ausgestellt, die das gleiche Ziel zu erreichen strebte. Es ist unerfindlich, warum nicht deutsche Firmen mit solchen Einrichtungen auf den Plan getreten sind, zumal gleichzeitig mit der Technischen Messe die Allgemeine Mustermesse, also auch die Textilmesse in Leipzig stattfindet, und damit den Textilindustriellen Gelegenheit gegeben sein würde, deutsche Einrichtungen zur Rationalisierung ihrer Betriebe einzukaufen. Dadurch wäre die Möglichkeit geschaffen, an einer weiteren Stelle an der Behebung wirtschaft-

licher Mängel und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit mitzuwirken.

Zum ersten Male führte auch eine Berliner Firma eine neue Maschine vor zur Herstellung von Wäscheleinen und dergleichen, die außerordentlich wirkungsvoll arbeitet. Das Flechten dieser Leinen geschieht lediglich durch Umlaufmechanismen nicht etwa durch hin- und hergehende Teile, und damit ist die Möglichkeit eines besonders schnellen Laufes gegeben, weil die Trägheit der hin- und hergehenden Teile wie bei manchen anderen Maschinen hier nicht hindernd wirkt. Da der Erbauer mit den Umlaufmechanismen 12 große Spulen von 12 cm Durchmesser mit umlaufen lassen muß und damit erhebliche Stöße auftreten, war das Gestell und alle die Teile, die diese Kräfte aufnehmen hatten, kräftig und zweckentsprechend durchgeführt. Dem bisher vielfach beobachteten Mangel der Verschmutzung des Erzeugnisses durch Berührung mit geschmierten Teilen ist dadurch wirksam begegnet worden, daß überall dort, wo solche Verschmutzung befürchtet werden muß, der Faden oder die Schnur durch Hülsen, an einzelnen Stellen durch Gummischläuche geführt wird und somit vollkommenen Schutz genießt.

Besonderem Interesse begegnet eine neue automatische Gewebe-Einführungs-Vorrichtung einer Wadener Firma. Es handelt sich um die Anwendung des D.R.P. 411 043, nach welchem eine Vorrichtung geschützt ist, die mit Hilfe von Fühlhebeln arbeitet zur selbsttätigen Einstellung des Einführfeldes für Appreturmaschinen und zwar ohne Relais. Die Einrichtung ist einfach und sinnreich, leicht bedienbar und anpassungsfähig.

Eine Neustädter Firma hat ihre neueste Mercerisierungs- und Färbepresse für Kunstseidenfabrikation zur Messe gebracht. Es handelt sich bekanntlich darum, daß bei der Kunstseidenfabrikation die Zellulose mit Natrionlauge getränkt werden muß und daß bei früheren Einrichtungen nach Erledigung dieses Vorganges ein Siebhaften mit Hilfe einer Krananlage aus dem Bassin herausgehoben und eine Handarbeit nötig war, die eingeschoben war zwischen dieser Vorarbeit im Bassin und der Arbeit der hydraulischen Presse. Dieses Siebhaften mit der Hand bedeutet eine große Gefahr für den Arbeiter, der mit Gummischuhkleidung versehen werden mußte, um ihn vor Verbrennung durch Lauge zu schützen. Außerdem jedoch entstanden wesentliche Verluste durch Ablaufen der Lauge. Die neue Mercerisierungs- und Färbepresse ist nun nach mehreren Fehlversuchen entstanden, und soll allen bis dahin beobachteten Mängeln abhelfen. Die Tauchwanne ist natürlich auch hier vorhanden. Solche wird durch Zwischenbleche in eine größere Anzahl Zellen geteilt. Diese Zwischenbleche sind gehobelt und gleiten in Führungen der Längswände. Es ist nur ein Pressstempel angeordnet, der die Zellulose gleichzeitig mit den Zwischenblechen in einen Sammelkorb schiebt. Dann wird der Sammelkorb mit Hilfe des Kranes gehoben und weiter befördert, dann der Boden ausgegossen, wodurch die Zellulose herausfällt. Das ganze System wird dann wieder in die Wanne gesenkt und der Prozeß von neuem begonnen. Die Arbeit geht außerordentlich schnell vonstatten und, wie ersichtlich, völlig maschinell ohne Einschaltung irgendwelcher Handtätigkeit, soweit sie die Zellulosebearbeitung betrifft.

Die Textilmaschinenausstellung war nach dieser Darlegung nicht besonders reichhaltig. Es ist im Gegenteil zu bedauern, daß der Ausbau der Textilmaschinenmesse in Leipzig so überaus langsam vor sich geht. Es ist schon in der Einleitung dieser Darstellung gesagt worden, wie wichtig es ist, daß den Textilindustriellen auf der Technischen Messe die neuesten Produktionsmittel gezeigt werden, damit die Rationalisierung auch auf dem Gebiete der Herstellung der Textilzeugnisse gute Fortschritte macht.

und durch Förderung der mit uns befreundeten Verbraucherbewegung sind wir darauf bedacht, diese Ansätze zu stärken und zu steigern.

Der gewerkschaftlichen Selbsthilfe eröffnen sich angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung neue dringende Aufgaben. Je aktiver und energischer an die Lösung dieser Aufgaben herangegangen wird, um so besser ist es für die Volksgesamtheit und den sozialen Frieden. Die Selbsthilfe muß in Verbindung mit der staatlichen Sozialpolitik an der Beseitigung der Spannungen arbeiten, die das Gemeinwohl bedrohen. Mit schärferem Nachdruck wird die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung auch für die sinnvolle Weiterentwicklung der Sozialpolitik eintreten, weil sie hierin die beste Ergänzung der Selbsthilfe erblickt. Ziel aller Selbsthilfe und staatlichen Sozialreform ist und bleibt uns die Höherführung des Gemeinschaftslebens des deutschen Volkes.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Die **Leobsdorfer Wollfabrikanten** hatten das bestehende Lohnabkommen zum 30. 8. und den Manteltarif zum 30. 9. gekündigt. Die Arbeitgeber forderten einen 10-prozentigen Lohnabbau und eine Abänderung des Manteltarifes dahingehend, daß in Zeiten schlechter Beschäftigung die Löhne für bestimmte Aufträge niedriger als die tariflichen Löhne festgesetzt werden dürften. Nachdem Verhandlungen zu keinem Resultat geführt hatten, fügte der amtliche Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der die bisherigen Lohnsätze weiter verlängert und einen neuen Manteltarif festsetzt, worin die von den Arbeitgebern gewünschten Verschlechterungen nicht aufgenommen wurden.

Die **Waldenburger Holzindustrie** weigerte sich, etwa 130 Arbeitern, die wegen Betriebs Einschränkung vor der Gewährung der Ferien entlassen waren, die tarifliche Ferienvergütung zu zahlen. Die Gewerkschaften klagten deshalb zunächst die Ansprüche von einigen Mitgliedern beim Amtsgericht in Bergheim ein. Dieses verurteilte die Firma zur Zahlung der tariflichen Ferienvergütung. Die Begründung ist so wichtig, daß wir dieselbe hier folgen lassen:

Entscheidungsgründe:

Streitig ist zwischen den Parteien die Frage, ob die Arbeiter einen Anspruch auf Bezahlung der Urlaubstage haben, wenn sie aus dem Betrieb ausscheiden, bevor der Urlaub ihnen gewährt ist. Diese Frage ist hier zu bejahen. Streitig ist zunächst die Auslegung der die Ferien regelnden Ziffer V des Tarifvertrages. Der Meinung der Beklagten, als Urlaubsjahr, in dem 275 Schichten gearbeitet sein müssen, sei das laufende

Jahr anzusehen, kann nicht beigeprägt werden. Die Ferien sollen in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober gewährt werden. In dieser Zeit sind aber seit dem 1. Januar noch keine 275 Arbeitstage verstrichen, wenn der Monat zu 25 Arbeitstagen gerechnet wird. Es wird daher in der Urlaubszeit noch garnicht feststehen, welcher Urlaub dem einzelnen Arbeiter zusteht. Diese Vertragsbestimmung kann daher nur ausgelegt werden, daß die 275 Schichten vor dem 1. 4. 1926 geleistet sein müssen. Diese Bedingung ist bei den hier in Betracht kommenden Arbeitern erfüllt. Es bedurfte aber auch nicht, um den Urlaubsanspruch zum Entstehen zu bringen, einer Urlaubsfestsetzung durch Betriebsleitung und Arbeiterrat. Die Urlaubsfestsetzung kann nur den Zeitpunkt des Urlaubs betreffen, nicht aber den Urlaubsanspruch selbst, der dem Arbeiter nach Maßgabe der geleisteten Schichten vom 1. April ab zusteht.

Die Beklagte meint nun weiter, den Arbeitern fehle jedenfalls ein Anspruch auf Bezahlung nicht zu, da sie entlassen seien, bevor sie den Urlaub hätten antreten können. Sie meint, der Urlaubsanspruch könne nur unter dem Gesichtspunkt des Schadenersatzes in eine Geldforderung übergehen, insbesondere im dem Falle, wenn der Arbeitgeber die Nichterteilung des Urlaubs zu vertreten habe. Auch hierin kann den Beklagten nicht zugestimmt werden. Zwar würde in einem solchen Falle dem Arbeiter der Anspruch auf Zahlung des Lohnes für die Ferienstage auch aus dem Gesichtspunkt des Schadenersatzes zustehen. Er hat diesen Anspruch aber auch ohne daß solche, einen Schadenersatzanspruch begründenden, Umstände vorliegen. Denn der Anspruch auf Bezahlung von Ferientagen, während derer keine Arbeit geleistet wird, ist ein Teil des von dem Arbeiter von der der vorangegangenen Zeit verdienten Lohnes, dessen er jedenfalls dann nicht verlustig geht, wenn er ohne sein Verschulden auf Grund einer Kündigung seines Arbeitgebers aus dem Betriebe ausscheidet.

Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses bleibt daher der Ferienanspruch bestehen, und zwar in der Art, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter den Lohn für die verdienten Ferientage zu zahlen hat, ohne dafür eine Arbeitsleistung beanspruchen zu können. Vergleiche auch Gewerbegericht Köln, ausgeführt bei Johannes Fuchs J. W. 1924 S. 1854 ff. (f. 1857 oben) und Sauer J. W. 1925 S. 220.

Die Forderungen der Arbeiter sind daher begründet. Da ihre Höhe nicht streitig ist, war in vollem Umfang nach der Klageanträge zu erkennen. Die Kostenentscheidung folgt aus § 91 ZPO. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf den §§ 709 und 713 ZPO.

Allgemeine Rundschau.

Kunst des Sparens.

Beherzigenswerte Lehren ergeben sich aus den Veröffentlichungen über die Sparsparität in der deutschen Volkswirtschaft. Von Monat zu Monat sind ansehnliche Zunahmen der Spareinlagen zu verzeichnen. Nach den soeben veröffentlichten Mitteilungen betragen die Sparguthaben bei den Sparkassen des Deutschen Reiches Ende Juli d. J. 2.469 Milliarden RM. Solche Feststellungen begegnen auch dem besonderen Interesse der Arbeitnehmerschaft. Lassen doch die wirtschaftlichen Zustände der gegenwärtigen Zeit für viele der Arbeitnehmer eine praktische Befähigung auf diesem Gebiete nicht zu. Da wird vielfach die Frage aufgeworfen, wo nun diese Spareinlagen herkommen. — Allerdings die Sparbestimmungen unter der Arbeitnehmerschaft können auf diese Frage eine Antwort geben. Jene aus der Arbeitnehmerschaft, die in stiller Beharrlichkeit Groschen um Groschen, Mark um Mark zusammentragen und so mit zu den professionellen Sparern im Volk gehören. Auch könnten jene eine Antwort geben, die tiefere Einblicke haben bei den Verwaltungen der Sparkassen. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit, mit der gerade in Arbeiterkreisen die Frage nach der Beteiligung an dem Spargeschäft auftaucht, sind von besonderem Interesse die Erhebungen der Berliner Sparkasse für das Jahr 1925. Danach sind in diesem Jahre insgesamt bei der Berliner Sparkasse 125 470 neue Sparkonten angelegt worden. Arbeiter waren hierbei mit 24,88 Prozent, Angestellte mit 19,12 Prozent und Beamte mit 16,53 Prozent beteiligt. Mithin sind Arbeiter, Angestellte und Beamte insgesamt mit 60,53 Prozent an diesen neuerrichteten Sparkonten des einen Jahres beteiligt. Diesen 60,53 Prozent von 125 470 neuen Konten stehen 55,12 Prozent von 20 246 aufgelassenen gegenüber. Arbeitnehmer haben hier also erheblichen Anteil an der Zunahme der Sparkonten. Weitere Erhebungen würden sicherlich ähnliche Bilder ergeben. Der Kunst des Wirtschaftens gesellt sich also auch die Kunst des Sparens zu. Gerade hier muß die Kunst des Sparens gewertet werden. Was hier Sparen heißt, ist treffend in dem Würzburger Programm des kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins herausgearbeitet. „Uns ist das Sparen nicht etwa ein Darben auf Kosten der Gesundheit oder gar ein Verzicht auf Ausgaben für höhere Lebensfreuden, besonders für geistige Weiterbildung und Erholung, sondern letzten Endes nichts weiter als eine besondere Art wirtschaftlichen Voraussehens, das in Zeiten geringerer Ausgaben oder besserer Einnahmen zurücklegt für eine schlechtere Zukunft: der heranwachsenden Jugend beiderlei Geschlechts hierfür Verständnis zu eröffnen, tut not.“

Wirtschaftliches Voraussehen! Darin liegt die sehr beherzigenswerte Lehre für die Arbeitnehmer, die zu nachhaltiger Pflege und Förderung des Sparfusses führen muß. Gleichbedeutend damit ist dann, daß die Spargelder der Arbeitnehmer der richtigen Verwendung zugeführt werden. Sie müssen in den Dienst der gesunden Bestrebungen der Arbeiterbewegung gestellt werden. Eine dringliche Aufgabe, die für die christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten der Deutschen Volksbank, Aktiengesellschaft Essen zugewiesen ist. Ihr müssen daher restlos die Spargelder zugewiesen werden. Mehr als 400 Sparanbahnstellen vermitteln den Sparverkehr. Auch können Einzahlungen mittels Zahlkarten auf Postcheckkonto Essen Nr. 16 400 erfolgen. S. S.

Aus unserer Bewegung.

Bezirkskonferenz des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter, Bezirk Westfalen.

Am 9. und 10. Oktober fand im Gefellenhause in Münster die Herbstbezirkskonferenz genannten Verbandes statt. Von 52 Ortsgruppen waren 120 Delegierte vertreten.

Ein umfangreicher Geschäftsbericht wurde der Konferenz schriftlich vorgelegt und von den Bezirksleitern Seebe und Camps erläutert. Aus dem Bericht ist besonders hervorzuheben, daß auch im Westfälischen Verbandsbezirk die Krise der Textilarbeiter große Opfer aufzulegen. In den letzten Wochen ist eine kleine Erleichterung der Krise eingetreten, so daß die Zahl der Kurzarbeiter unter den Mitgliedern des Verbandes von 45 000 auf 12 225, die der Entlassenen von 3500 auf 805 gesunken ist; 1700 Mitglieder arbeiten z. Zt. nur noch drei Tage in der Woche, während die übrigen Kurzarbeiter dagegen vier Tage pro Woche beschäftigt sind. Die unterschiedliche Lage des Arbeitsmarktes in der Münsterländischen Textilindustrie fand besondere Beachtung und es wurde die Notwendigkeit einer stärkeren Umschichtung der Arbeiterkraft von den belasteten Gebieten nach aufnahmefähigeren Gebieten herausgestellt. Die Bezirksleitung wurde beauftragt, bessere Maßnahmen zu diesem Zwecke einzuleiten. In der Lohn-, Arbeitszeit- und Urlaubsfrage fanden in der Arbeitsgemeinschaft für die Münsterländische Textilindustrie im Berichtsjahr außer sonstigen Schlichtungsverhandlungen drei sehr bedeutende Verhandlungen statt. Die Streitfragen konnten teils durch Schiedsprüche, teils durch Vereinbarungen erledigt werden. Bemerkenswert ist, daß infolge angrenzender Durchführungen vereinbarter tariflicher Bestimmungen in sechs Fällen die Belegschaft verschiedener Betriebe spontan die Arbeit niederlegten. Diese Streiks konnten dann durch Verhandlungen in kurzer Zeit beendet werden. Die Lohnfrage mußte infolge Verarbeitungen von schlechtem Material in nicht wenigen Betrieben als schlecht bezeichnet werden. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die besonderen Arbeiten des Verbandes darauf gerichtet sein müßten, die Textilarbeiter im Lohn den anderen gelernten Berufen immer mehr gleichzustellen. Der genauen Einhaltung der tariflich und gesetzlich festgelegten Arbeitszeit soll in allen Betrieben die größte Aufmerksamkeit geschenkt und Verstöße dagegen in allen Fällen der Verbandsleitung gemeldet werden.

Zur Mitgliederbewegung konnte berichtet werden, daß dieselbe auch trotz der Krise stabil geblieben sei. Im Laufe des Herbstes und Winters soll überall dort, wo noch unorganisierte Arbeiter vorhanden sind, die Verbandsarbeit besonders einsehen. Bezüglich der Unterstützungs- und Beitragsfrage kam die einstimmige Meinung zum Ausdruck, daß die Beiträge weniger für allgemeine Unterstützungsarbeiten veranschlagt, sondern für rein gewerkschaftliche Maßnahmen zur Verfügung gehalten werden müssen. Die letzte Betriebsratswahl hatte für den Bezirk das Ergebnis, daß in 175 Betrieben 800 christlich organisierte Betriebsratsmitglieder von 1009 Betriebsratsmitgliedern insgesamt tätig sind. Es mußte besonders hervorgehoben werden, daß ein Teil der Arbeitgeber bezug der Betriebsleiter immer wieder verweigerten, die Rechte des Betriebsrates zu übergeben. Der letzteren Frage soll durch besondere Schulung der Betriebsräte und durch andere praktische Maßnahmen entgegen gewirkt werden. In der Jugendbewegung konnte eine gute Entwicklung festgestellt werden. Im letzten Jahre wurden 16 Jugendgruppen mit 441 Mitgliedern neu errichtet. Der Zweck der Jugendgruppen soll zunächst nicht sein, in erster Linie allgemein die Textilarbeiterjugend zu erfassen, sondern vielmehr die besten Kräfte der Jugend in den Dienst der Textilarbeiterjugend, ihrer Interessen und ihrer Bewegung einzustellen. Es konnte auch festgestellt werden, daß das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen und deren Vertretung überall ein gutes sei. Es wurde betont, daß die christlich organisierte Arbeitnehmerschaft als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, daß jeder Gewerkschaftler seinen konfessionellen Verein und jedes Betriebsratsmitglied den christlichen Gewerkschaften angehören möchte. Die Schulungs- und Bildungsarbeit wurden im Verbandsgebiet 120, mit einer Teilnehmerzahl von 2888 im letzten Herbst und Win-

ter abgehalten. Für die bevorstehende Schulungsperiode sind die Schulungspläne fertiggestellt und zum Teil bereits in Angriff genommen. Aus der umfangreichen Rechtsauskunft, welche an acht Sekretariate erteilt wurde, war zu entnehmen, daß in diesem Jahr größere Berufungsprozesse geführt werden mußten. In diesen Fällen hatten die Arbeitgeber gegen Urteile der Gewerbe- und Arbeitsgerichte Berufung eingelegt. Mit Ausnahme eines Prozesses sind alle Berufungen zu Gunsten der Arbeitnehmerschaft entschieden worden. Es wurde hier besonders herausgestellt, daß nach Möglichkeit versucht werden soll, alle Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber im Verhandlungswege zu erledigen, daß aber dann, wenn die Gegenseite zum Verhandeln nicht bereit ist bezug, durch Verhandlungen die Streitigkeiten nicht erledigt werden können, den Mitgliedern bis zur letzten Instanz Rechtsschutz zusteht. Der Frage der Werksgemeinschaft mußte auch im Gebiet der Münsterländischen Textilindustrie dauernd Beachtung geschenkt werden. Wenn auch in den Betrieben der Münsterländischen Textilindustrie diese gewerkschaftliche Sumpfpflanze nicht aufgetreten sei, so wurde doch erwähnt, daß gelegentlich der Begründung des Straßenbahner-Verkehrsvereins in Münster durch die Stadtverwaltung Münster, ein Teil der Presse eine für die Gewerkschaften sehr bedenkliche Stellung eingenommen habe. Die Delegierten waren einstimmig der Meinung, eine solche Stellungnahme, wie die des Magistrates der Stadt Münster sei in keiner anderen Stadt und Gemeinde des Münsterlandes möglich. Die Arbeitnehmerschaft könnte in dieser Hinsicht ihren Gemeinden und Stadtverwaltungen vertrauen, daß sie an diesem „Ruhm“ der Stadtverwaltung Münster nicht teilzunehmen gedächten.

In der sehr eingehenden Aussprache wurden durch Delegierte besondere Entschlüsse zur Beitrags- und Unterstützungsfrage und zur Frage: Haltung der Presse eingebracht und einstimmig angenommen; dieselben sollen den nächstebenden Stellen zur Kenntnis und Beachtung unterbreitet werden. Am zweiten Konferenztag wurde zunächst der Vortrag des Vertreters des Zentralvorstandes, des Kollegen Weber-Nachen entgegen genommen. Der Vortrag behandelte die Arbeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten und ihre Notwendigkeit für Gegenwart und Zukunft. Redner verstand es in anschaulicher Form, ein Bild der gegenwärtigen und schwierigeren Arbeit in der Vergangenheit zu zeichnen. Aus den Verhältnissen der Gegenwart wurde die hohe Aufgabe der christlichen Gewerkschaften für die Zukunft des Arbeiterstandes wie des ganzen Volkes nachgewiesen. Im Anschluß daran behandelte Kollege Sparenberg-Gronau praktische Winke für eine erfolgreiche Herbst- und Winterarbeit. Daß die Delegierten den Willen hatten, praktische Anwendungen aus den Vorträgen zu ziehen, zeigte die wiederum sehr rege Aussprache. Nachdem der Bezirksbeirat gewählt und der Bezirksvorsitzende einstimmig wiedergewählt war, wurde die inhaltreiche Tagung,

Ehre der Arbeit.

Wer den wucht'gen Hammer schwingt,
Wer im Felde mäht die Wehren,
Wer ins Mark der Erde dringt,
Weiß und Kinder zu ernähren,
Wer stroman den Nachen zieht,
Wer bei Wall und Berg und Flache
Hintern Webestuhl sich müht,
Daß sein blonder Junge wachse,
Jedem Ehre, jedem Preis, —
Ehre jeder Hand voll Schweiß,
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen. —
Ehre jeder nassen Stirn
Hintern Pfluge; — Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Sungern pflügt, sei nicht vergessen.

Freiligrath.

welche der Zeitung des Bezirksleiters Seebe-Münster und des Geschäftsführers Arhöfter-Rheine unterstand, mit einem Hoch auf die westfälische Heimat und den christlichen Textilarbeiterverband geschlossen. Der herrliche Verlauf zeigte, daß die christlich organisierte Arbeitnehmerschaft bereit ist, für die materielle und ideale Hebung der Textilarbeiter ihre Ganzes einzusetzen. Nicht gegen andere Stände, sondern mit denselben für den Stand unter gerechter Beachtung und Würdigung der Gesamtheit. Das ist die Parole für die christliche Textilarbeiter-schaft.

Aus unserer Jugendbewegung.

Landeskongress der badischen Textilarbeiterjugend in Lörrach.

Der 26. September war für die christliche Textilarbeiterjugend Badens ein denkwürdiger Tag. Es fand die erste Landeskongress der christlich organisierten Textilarbeiterjugend statt. Aus allen Ecken des badischen Landes waren die Kolleginnen und Kollegen herbeigeeilt, so aus dem Ob- und dem Oberrhein, sowie aus dem Wiesentale, Berra- und Rheintal. Ein Teil Kollegen aus entlegeneren Orten traf bereits schon Samstagabend ein. Für sie hatte unsere Lörracher Jugend vorzügliche Freizeitanlagen besorgt. Ingesamt nahmen an der Vormittagskonferenz 62 Delegierte teil. Die Konferenz wurde punkt 9.30 Uhr vom Jugendsekretär, dem Kollegen Rayer, eröffnet, der die Eröffnungsrede herzlich begrüßte. Sodann sprach der Kollege Rindler-Lörrach über das Thema: „Christliche Arbeiterjugend, ihre Stellung zur Berufs- und Standesorganisation und zur Wirtschaft.“ Der Redner schilderte die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse vom Altertum bis zur heutigen Zeit und die Entstehung des Arbeiterstandes. Er legte die Missstände dar, die das kapitalistische Wirtschaftssystem für die letzteren zeitigte und die Arbeiter zur Schaffung gewerkschaftlicher Organisationen zwan- gen. Ferner sprach der Redner über das Wesen der Arbeit. Sie sei sittliche Pflicht, habe aber auch sittliche Werte. Unsere Aufgabe sei es, diese Werte und damit die Arbeit selbst wieder zur Geltung zu bringen. Neben einer gerechten Entlohnung sei insbesondere ein genügender Schutz der Arbeitskraft zu erstreben. Besondere Berücksichtigung verdienen da die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Auf die Durchführung und den Ausbau des gesellschaftlichen Jugendtages müsse darum besonderes Gewicht gelegt werden. Ferner habe mehr als bisher zu geschehen, um unserem Textilarbeiterstand eine gute berufliche Ausbildung zu verschaffen. An der Durchführung dieser Aufgaben mitzuarbeiten sei die Aufgabe unserer Jugendbewegung.

In der folgenden Aussprache zeigte sich, daß der Gewerkschaftsgedanke unter unserer Jugend schon gute Fortschritte gemacht hat. Das bewies die Aussprache. Es wurden auch verschiedene Anträge gestellt. So ein Antrag, den von den jugendlichen Mitgliedern bezahlten Lokalbeitrag den Jugendgruppen

zu überlassen. Auch die Abhaltung von Jugendkursen, die Errichtung eines Nachrichtenbüros über Jugendbewegung und ein entsprechender Ausbau des Verbandsorgans wurden gewünscht. Die Konferenz übernahm diese Anträge dem Jugendausschuß bezug der Bezirksleitung zur weiteren Bearbeitung und Verfolgung. Die Sekretariatsleitungen und die Bezirksleitung werden ersucht, bei den staatlichen Behörden auf die Errichtung einer Textilschule hinzuwirken.

Sodann wurde in die Mittagspause eingetreten. Die auswärtigen Teilnehmer nahmen ihr Mittagessen bei Verbandsmitgliedern ein. Um 1.45 verarmelten sich die Delegierten am Bahnhof, um die aus dem Wiesentale und Berratal zur Nachmittagsveranstaltung eintreffenden jungen Kolleginnen und Kollegen in Empfang zu nehmen. Circa 150 jugendliche Mitglieder marschierten alsdann unter Vorantragung des Lörracher Wimpels zum Versammlungslokal. Hier hieß Kollege Rindler alle herzlich willkommen und erteilte unserem Bezirksleiter, dem Kollegen Rümmele, das Wort zu seinem Vortrage: „25 Jahre Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.“ Kollege Rümmele schilderte den ganzen Werdegang, das mühevoll, aber segensreiche Schaffen unseres Verbandes zum Wohle der Textilarbeiter. Seine Worte klangen aus in einem Appell an die Jugend, das geschaffene Werk zu schätzen und an dessen Ausbau mitzu- arbeiten.

Musik-, Gesang- und Reigenaufführungen sowie zwei von den Kollegen Otto Strittmatter und Albert Martischang vorgelegene Prologe verschönten die Feier. Den musikalischen Teil bestritten die Vereinigten Spieler der Jugendgruppen Wehr, Zell und Lörrach. Den gesanglichen Teil hatte in dankenswerter Weise die Gesangabteilung „Concordia“ übernommen, während die Reigen von der weiblichen Jugendgruppe Lörrach tadellos ausgeführt wurden. Allen, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle herzlich Dank ausgesprochen. Die Tagung selbst verlief musterhaft und hat unserer Jugendbewegung manche neue Freunde gebracht. Bei allen jugendlichen Mitgliedern aber reifte der Entschluß, künftighin noch mehr als bisher durch intensive Mitarbeit zum Ausbau unserer Jugendbewegung und des Verbandes beizutragen. Gottes Segen dieser unserer Arbeit.

(Anmerkung der Verbandsjugendleitung. Unseren Lörracher jungen Freunden sei Anerkennung ausgesprochen für die gute Organisation der Jugendtagung. Ihr Bemühen, den auswärtigen Vertretern der Jugendgruppen bei Verbandsmitgliedern freies Logis und Mittagessen zu besorgen und so die Unkosten der Tagung herabzudrücken, verdient Nachahmung. Auf diese Weise ist es möglich, derartige Veranstaltungen öfters zu treffen. Den Verbandsmitgliedern aber, die sich zur Beherbergung und zur Beköstigung der Jugend bereit erklärt haben, herzlichen Dank auch seitens der Verbandsleitung.)

Besondere Bekanntmachungen.

Warnung vor einem Schwindler.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo unsere Ortsgruppenvorstände und Einzelmilglieder um Unterstützungen und besondere Zuwendungen von Leuten angegangen werden, die umherreisen und vorgeben, bestohlen worden zu sein, oder ihr Geld verloren zu haben. So hat noch Mitte dieses Monats ein gewisser Johann Wimberger, geboren am 25. 1. 1868 zu München bei einigen Ortsgruppen sich dadurch Gelder erschwindeln können, daß er behauptete, er sei im Bahnhof unwohl geworden, und dabei sei ihm seine Brieftasche mit 48-45 M gestohlen worden. Da er nach R.-Glöblich fahren wollte, brauche er M 15.— In einigen Fällen wurden ihm diese gegeben. Nachforschungen ergaben, daß W. schwindelt. Er hat auch verschiedentlich angegeben, daß er ein Monteur für Textilmaschinen sei, und daß er von den Befahungsgruppen mehrere Jahre hindurch festgehalten worden sei, angeblich wegen eines Wortwechsels. Das alles soll nicht der Wahrheit entsprechen. Da W. auf alle Fälle kein Glück auch noch in anderen Ortsgruppen versuchen wird, sei hiermit vor ihm dringend gewarnt.

† Sterbetafel. †

Anna Primus, Reutlingen, 26 J. — Reinhardt Kuhnert, Neumünster, 55 J. — Hermann Berning, Rheine, 44 J. — Hermann Reiling, Gütersloh, 64 J. — Wilhelm Stechmann, Schöneberg, 59 J. — Anna Jönges, Krefeld, 74 J. — Theodor Beck, Rheine, 31 J. — Anna Eckert, Todtnau, 23 J. — Ferdinand Hunzelmann, Busenbach 37 J. — Katharina Horst, Rheine, 21 J. — Johannes Albert, Eschenbach, 41 J. — Ewald Denckhoff, Hückeswagen, 65 J. — Apollonia Burja, Augsburg, 66 J. — Andreas Bayer, Lörrach, 72 J. — Hermann Weiners, Lobberich, 59 Jahre.

Deutscher Versicherungs-Konzern

Die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes versichern ihr Leben bei der Deutschen Lebensversicherung, Gemeinnützige Aktiengesellschaft, ihre Möbel und ihren Hausrat bei der Deutschen Feuerversicherung, Aktiengesellschaft und gegen Unfall und Haftpflicht in Berlin-Schöneberg (Post Friedenau) Hähnelstr. 15a Billige Tarife - Kulante Schadensbehandlung Größte Sicherheit. Aufsichtsratsvorsitzender Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald Ueberall Mitarbeiter gesucht.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wirtschaftskrise und Arbeitnehmerschaft. — Textilmaschinen auf der Technischen Messe in Leipzig. — Lohn- und Arbeitsfreigebheiten. — Feuilleton: Ueber Kunststoffe. — Allgemeine Rundschau: Kunst des Sparens. — Aus unserer Bewegung: Bezirkskonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Bezirk Westfalen. — Aus unserer Jugendbewegung: Landeskongress der badischen Textilarbeiterjugend in Lörrach. — Besondere Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Inserat.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Florastr. 7.